

Österreich



Salzburg: Olympia statt Kampf gegen HLI

Die SPÖ lässt einen konsequenten Kampf gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen vermissen. Stattdessen werden Pläne zu einer neuerlichen Bewerbung für Olympia 2014 geschmiedet.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



ÖBB: Betriebsratswahlen im Juni

Im Juni werden die Beschäftigten der ÖBB die Möglichkeit haben, ihrem Unmut über Unternehmens- und Gewerkschaftsführung Ausdruck zu verleihen.

SEITE 3

Schwerpunkt



BZÖ/FPÖ: Was bedeutet die Spaltung der FPÖ?

Was steckt hinter dem Zusammenbruch der FPÖ? Welche Perspektiven haben BZÖ und FPÖ? Und was bedeutet die Neuformierung für die extreme Rechte in Österreich?

SEITEN 4/5

Internationales



Kampf gegen Papier-Multi in der Slowakei

Der Österreich-Ableger des Papierkonzerns Mondi (ehem. Neusiedler) geht weiterhin gegen seine slowakischen Beschäftigten vor.

SEITE 7

Schwarz-Blau-Orange am Ende:



JETZT zurücksschlagen!

Nur winzige Minderheit unterstützt Fortsetzung der Regierung.
Warum ist dieses Horrorkabinett noch am Ruder?

Von Laura Rafetseder,
SLP Wien-Mitte

schen Orientierung erwartet hatten." (Arbeit & Wirtschaft 4/2004). Wir meinen: Es gäbe wohl kaum einen besseren Zeitpunkt, die Regierung zu stürzen, als jetzt.

WELCHE OPPOSITION?

Alles was SPÖ und Grüne tun, ist sich Sorgen um den EU-Vorsitz und Österreichs Ansehen zu machen. Kritisiert wird tatsächlich, dass die Regierung handlungsunfähig ist und Reformen nicht schnell genug umsetzt! Abgesehen davon, dass sie sehr wohl weiter munter spart und "reformiert" (Dienstleistungsscheck, ÖBB Umstrukturierung, Beschränkung des Hochschulzugangs) wäre eine totale Lähmung von Schüssels Mannschaft, momentan wohl das Beste, was den ArbeitnehmerInnen passieren kann. Eine Regierung, die so gefesselt ist, dass sie keinen Sozialabbau mehr umsetzen kann – dazu bräuchte es allerdings eine echte Opposition, die Druck erzeugt und auf der Straße und den Betrieben mobilisiert.

VERNICHTENDES URTEIL FÜR SPÖ UND GRÜNE

60 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, SPÖ und Grüne hätten die Regierungs Krise nicht für sich nutzen können. Warum verweisen Schüssel und Co. gleichzeitig - nicht ohne Erfolg - auf das "rot"-grüne Schreckgespenst in Deutschland? Weil davon auszugehen ist, dass eine SPÖ/Grüne Regierung bei uns dasselbe tun würde wie dort: Weiterkürzen und Sparen. Zweifellos bereiten sich beide Parteien momentan intensiv auf eine künftige Regierungs Beteiligung vor. Doch was das heißt, liegt auf der Hand: Wenn schwarz-blau-orange jetzt von einer Streikbewegung gestürzt wird, womöglich mit der Forderung nach einer Rücknahme der größten Kürzungen und Reformen der letzten Jahre, wird jede künftige Regierung es schwerer mit dem Sozialabbau haben. Was also bleibt - geht es nach SPÖ und Grünen - ist die Hände in den Schoß zu legen und zu warten.

WAS TUT DER ÖGB?

Schüssel & Co hängen sprichwörtlich am seidenen Faden. Seit 2003 hat es eine Reihe von Streiks gegeben, die die Regierung ganz schön in Verlegenheit gebracht haben. Der ÖGB müsste derzeit wohl nur "buh" rufen (sprich: Streik) und die Regierung würde wie ein Kartentaus in sich zusammenbrechen. Stattdessen schweigt die Gewerkschaftsspitze gerade jetzt seit Wochen völlig! Verkehrsminister Gorbach hat tatsächlich mehr Sorgen wegen seines Ausschlusses aus der Vorarlberger FPÖ, als wegen der Umstrukturierung der ÖBB - da gibt's nämlich dank der ÖGB Führung kaum noch Widerstand. Warum folgt der ÖGB seinem Kampfauftrag nicht jetzt? Es gibt einen Grund, warum der ÖGB nichts tut: Weil er an die Sparlogik des Kapitalismus und vor allem an die SPÖ gebunden ist.

WIE KÖNNEN WIR SCHWARZ-BLAU-ORANGE LOSWERDEN?

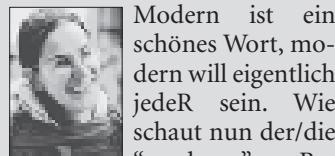
Oder anders gefragt: Was wä-

re alles möglich, wenn die Regierung von einer starken Streikbewegung gestürzt wird? Was wäre möglich, wenn es eine Alternative zum schwarz-blau-rot-grün-orangen Einheitsbrei in Form einer Partei gäbe, die wirklich die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt und nicht nur so tut? Was wäre möglich, wenn der ÖGB seinen Kampfauftrag wiederentdecken und in die Offensive gehen würde? Dass die Regierung noch im Amt ist dem Fehlen einer politischen Alternative zu den bestehenden Parlamentsparteien und der gelähmten ÖGB-Spitze zu schulden. Damit eventuelle Neuwahlen eine wirkliche Veränderung bringen würden, ist der Aufbau einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche nötig. Eine solche Partei müsste letztlich mit der Logik des kapitalistischen Systems brechen, um nicht Sachzwangspolitik betreiben zu müssen. Erst dann müssten Schüssel, Haider und Co. - und andere Sozialräuber - wirklich um ihre Ämter zittern.

Der Standpunkt

*Der 1. Mai
ist modern!*

von Sonja Grusch



Modern ist ein schönes Wort, modern will eigentlich jedeR sein. Wie schaut nun der/die „moderne“ Belegschaft aus? 100% flexibel, immer gesund, niedrige Arbeitskosten (natürlich ohne Zuschläge), mit allem einverstanden und dankbar für die Güte des Chefs/der Chefin einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Diese Vorstellung der Unternehmen über „ihre“ ArbeiterInnen ist nicht modern und hat sich in den letzten 119 Jahren nicht geändert. Hätten sich die KollegInnen allerdings damals an diese Logik des Kapitals gehalten - der erste Mai wäre weder zum Feiertag geworden, noch hätte jemals der 8-Stundentag durchgesetzt werden können.

2005 ist dieser 8-Stunden-Tag nur mehr für eine Minderheit aktuell - es wird wieder länger gearbeitet, oder flexibel (z.B. mehrstündigen Pausen dazwischen) oder Teilzeit (bei der das Einkommen so niedrig ist, dass es zum Leben nicht reicht). Natürlich hat sich in den letzten 119 Jahren auch viel verändert - die ArbeiterInnenbewegung hat soziale, demokratische und gewerkschaftliche Rechte erkämpft. Aber ALLE diese Rechte sind heute unter Beschuss. Die Industriellenvereinigung will den 12-Stunden-Tag und die Wirtschaftskammer Kollektivverträge durch Einzelverträge ersetzen.

Heute ist der 1. Mai teilweise zu einem Ritual verkommen. Aber es gibt nicht nur die neoliberalen Parteibonzen der SPÖ und die SpitzerverdienerInnen des ÖGB, die abgehoben von der Basis auf einer Tribüne sitzen und mit ihren kleinen roten Tüchlein winken. Für Millionen Menschen weltweit ist der 1. Mai ein Kampftag wie er es in seinen Anfängen war, ein Tag um internationale Solidarität und Eintreten für ArbeitnehmerInnenrechte zu demonstrieren. Wir erinnern uns, dass es nicht nur am 1. Mai 1890 in Österreich einen Generalstreik gab, sondern auch 2003 einen solchen: Gegen den Pensionsraub der lediglich von der Gewerkschaftsspitze zu früh beendet wurde.

Und noch eine Parallele zu den frühen Maidemonstrationen gibt es heute: Die ersten Maifeiern standen am Beginn eines Wiederaufschwungs der ArbeiterInnenbewegung und ihres Durchbruchs zu Massenorganisationen in den 1890er Jahren. Auch heute fehlen - noch - starke, unabhängige und sozialistische ArbeiterInnenparteien. Angesichts wachsender Unzufriedenheit und Kapitalismuskritik wären diese - wieder - hochmodern.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Großkoalitionärer Eiertanz in Salzburg

Keine Maßnahmen gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und Wahnsinnsprojekt Olympia

von Jan Rybak
SLP Salzburg

Seit Anfang April besteht endlich die Möglichkeit, im Salzburger Landeskrankenhaus Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Doch jeden Samstag müssen extra ÄrztInnen aus Wien zur Unterstützung jener gemobbten Salzburger ÄrztInnen, die Abbrüche durchführen, geholt werden.

AKTIV FÜR FRAUENRECHTE

Am ersten Samstag im April demonstrierten die Fundamentalisten von Human Life International (HLI) und Jugend für das Leben (JfdL) gegen das Recht auf Abtreibung. Vor dem LKH leisteten AktivistInnen von SWI und Mitglieder der SLP Widerstand. Wir wollen sowohl den radikalen AbtreibungsgegnerInnen zeigen, dass ihre frauenfeindliche Propaganda nicht unbeantwortet bleibt, als auch betroffenen Frauen und ÄrztInnen demonstrieren, dass sie unterstützt werden.

SALZBURGER SPÖ-JUGEND TUT NICHTS!

Die SPÖ, hat zwar – nach Jahrzehnten in der Landesregierung längst überfällig – endlich auch in Salzburg die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Frauen, die einen Schwangerschaftsab-



Kundgebung der SLP gegen die radikalen Abtreibungsgegner in Salzburg.

bruch vornehmen lassen wollen, nicht mehr nach Wien fahren müssen. Sie tut aber nichts gegen jene katholischen FundamentalistInnen, die Frauen und ÄrztInnen massiv behindern. Auch die Salzburger Jusos beteiligten sich nicht an Aktionen mit dem Vorwand, wenn man/frau gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen demonstriert würde, „würden wir ‚Jugend für das Leben‘ nur ein Feindbild geben“. Die Argumentation geht genau in Richtung SPÖ-Politik, welche vor allem ihre Koalition mit der ÖVP auf Landesebene nicht gefährden will. Tatsächlich lässt eine Sozialdemokratie, die behauptet, Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen „würden nur die Fronten verhärten“ die Frauen im

Stich. Dass es wenig Sinn macht, auf die Versprechungen der heutigen Sozialdemokratie zu vertrauen, beweist unter anderen die Situation in Wien. Trotz vollmundiger Ankündigungen der Rathaus-SPÖ, werden dort nach wie vor täglich Frauen von katholischen FundamentalistInnen vor der Klinik am Fleischmarkt belästigt.

OLYMPIABEWERBUNG 2014

Nachdem sich die Stadt Salzburg schon vor drei Jahren erfolglos um die Austragung der olympischen Winterspiele 2010 beworben hat, starten SPÖ, ÖVP, Wirtschaftskammer und Co. zur Zeit einen erneuten Versuch. Die SPÖ ist federführend in der Bewerbung für die olympischen

Spiele 2014 als die angeblich größte Zukunftschance für Stadt und Land Salzburg. Die SPÖ, die in Salzburg mit Burgstaller und Schaden sowohl die Landeshauptfrau als auch den Bürgermeister der Landeshauptstadt stellt, unterstützt mit der Bewerbung eindeutig die Interessen der großen Bauunternehmer und der Tourismuswirtschaft, und stellt sich gegen die „einfache“ Bevölkerung. Olympische Winterspiele würden in Salzburg voraussichtlich keine nachhaltigen Verbesserungen bringen. Im Gegenteil: allein die Bewerbung für 2010 – obwohl nicht Salzburg, sondern Bern den Zuschlag bekam – kostete die Stadt über 7 Mio. Euro Steuergelder. Während für olympische Spiele neue Skipisten angelegt werden

müssten, die die Natur zerstören, und Eisstadion gebaut werden, die nach den Spielen viel zu groß für eine sinnvolle Nutzung wären, wird am Breitensport, im Bildungs- und Kulturbereich weiterhin rücksichtslos eingespart. Außerdem müsste die Stadt für den Fall, dass sie den Zuschlag für Olympia 2014 erhält, einen sog. „Host-City-Vertrag“ abschließen, der sie verpflichten würde nach den Spielen das Defizit aus Steuergeldern zu bezahlen. In Lillehamme 1994 kostete der Spaß eine halbe Mrd. Euro.

Bei der (rechtlich nicht bindenden) Volksbefragung von 3. bis 9. April, sprachen sich 60,53 % der Stadt-SalzburgerInnen deutlich gegen eine Bewerbung aus! Die Reaktion der SPÖ: man wolle „die Tür zu Olympia nicht zuschlagen“ – vereinfacht ausgedrückt: Der Landes- und Stadtregierung ist es vollkommen egal, dass die Mehrheit der Salzburger ArbeiterInnenklasse kein Interesse an solchen Prestigeprojekten in Zeiten des Sozialabbaus und der Kürzungspolitik hat. Die Gesamtbilanz zeigt jedenfalls, dass auch in Salzburg die SPÖ keineswegs die eine oder andere Hoffnung, die es in den „frischen Wind“ nach dem Machtwechsel im Vorjahr gegeben hat, erfüllt. Die SLP meint: An der Zeit für eine sozialistische Alternative ist es auch in Salzburg!

“Unsere Arbeit ist mehr Geld wert”

Beschäftigte im Wiener Pflegedienst starten Initiative für mehr Geld.

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat im Sozialbereich

Mit der Basisinitiative “Unsere Arbeit ist mehr Geld wert” wollen HauskrankenpflegerInnen, HeimhelferInnen und BetreuerInnen eine Verbesserung ihrer Arbeitssituation erreichen.

Die Einführung eines neuen Kollektivvertrages (“BAGS”), die Ausgliederung der Verantwortung für die Betreuung und Pflege zuhause an den Fonds Soziales Wien und die allgemeinen Missstände haben bei vielen Beschäftigten Debatten über den Stellenwert ihres Berufes ausgelöst.

VERDIENST – ARBEITSZEIT – BERUFSBILD

Forderungen zu diesen drei Schwerpunkten sollen die Arbeitssituation verbessern. Außerdem spricht sich die Initiative für ein offensives Vorgehen gegen die “Bolkestein-Richtlinie” aus. Vor allem Heimhilfen, aber auch KrankenpflegerInnen haben ein sehr niedriges Einkommen, und arbeiten in der Realität

oft weit mehr als 40 Stunden in der Woche, oft mit Teilzeitverträgen. Der neue “BAGS”-Kollektivvertrag bringt hier, vor allem in Wien, für viele “Netto” keine Verbesserung. Viele Beschäftigte sehen darin insgesamt eine negative Entwicklung: “Niedrige Kollektiverträge heißt niedrige Einkommen, niedrige Einkommen heißt wieder leere und verschuldete Krankenkassen, leere Pensionskassen, wenig Geld für AMS usw. und dann kommen die Politiker und erzählen uns, dass die Kassen leer sind und wir einsparen müssen” meint Elisabeth, eine der InitiatorInnen der Initiative. “Die Menschen werden ausgepresst und das Kapital wird immer reicher, aber wer soll die Politikerlügen noch glauben, man sollte uns nicht für blöd halten”, bringt sie die Stimmung von vielen auf den Punkt.

ERHÖHUNG UM 200 EURO GEFORDERT

Neben der kräftigen Erhöhung der Gehaltstafel des BAGS-KVs, der Erschwerung

zulage, Bezahlung der Wegzeiten und Anerkennung des Berufsbildes, fordert die Initiative u.a. die Abschaffung der “geteilten Dienste”. Denn viele müssen einen Teil ihrer PatientInnen in der Früh und am Vormittag und den anderen Teil am späten Nachmittag und Abend besuchen, damit wird die Arbeitsbelastung über den ganzen Tag verteilt und es bleibt kaum echte Freizeit über. Die Initiative “unsere Arbeit ist mehr Geld wert” ist erfrischend anders. Sie unterscheidet sich von vielen anderen gewerkschaftlichen Initiativen dadurch, dass sich die Höhe der Forderungen an den Bedürfnisse der Betroffenen und nicht an der – von der Gewerkschaftsspitze eingeschätzten – “Machbarkeit” orientiert. Gefordert wird “nur”, was notwendig ist!

TERMIN

Dienstag, 3. Mai, Wien

DISKUSSION: “Widerstand im Sozialbereich in Wien”
19 Uhr, Café Sperlhof,
Große Sperlgr. 41, 1020 Wien



gemeinsam aktiv
für widerstand im wiener sozialbereich

Ein Jahr Widerstand im Wiener Sozialbereich

Seit einem Jahr tut sich einiges im Sozialbereich: Menschen, die im Pflege- und Sozialbereich arbeiten, kämpfen aktiv gegen Ausgliederung und Privatisierung sowie gegen Kürzungen im Sozialbereich. Ein wichtiger Anlass war die Ausgliederung der MA 12 und der MA 47 in den Fonds Soziales Wien (FSW).

WARUM SIND WIR GEGEN DEN FSW?

Mit dieser Ausgliederung ist nunmehr eine private Firma (im Auftrag der Gemeinde Wien) für den Sozialbereich zuständig. Sozialerien mit insgesamt mehr als 15.000 Beschäftigten aus Pflege, Sozialarbeit, Behindertenarbeit usw. müssen mit dem FSW über ihre Budgets verhandeln.

- Bis heute gibt es vom FSW keine Zuschüsse einer angemessenen Finanzierung der Löhne und Gehälter (Kollektivverträge, Betriebsvereinbarungen).
- Für viele Menschen, die in Wien Sozialleistungen in Anspruch nehmen, bedeutet der FSW vor allen Rückgangsbedrohung.
- Mit dieser Ausgliederung des Sozialbereichs gibt die Gemeinde Wien die politische Verantwortung für kommende Kürzungen ab.

Die soziale Situation in der Stadt wird sich verschärfen. Die Anzahl der Menschen mit Pflegebedarf, Behinderung

usw. steigt. Die Offensive der Unternehmer und der Bundesregierung gegen die sozialen Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitslosen bringt (vor allem in Wien) mehr Menschen ohne Arbeit, Wohnung usw. Die Stadtreierung wird auf diesen Trend mit Einsparungen reagieren. Auch die Löhne, Gehälter und Qualitätsstandards der Beschäftigten im Sozialbereich geraten dadurch unter Druck. Außerdem kürzt die Gemeinde Sozialleistungen.

GEMEINSAM GEGEN DEN WIENER SOZIALBAU ...

- Durch die Politik der Bundesregierung und die Angriffe der Wirtschaft steigen Arbeitslosigkeit und Armut. Gleichzeitig kürzt die Gemeinde Wien die Sozialhilfe.
- Kosten für Strom, Gas und Mieten in Gemeindebauwohnungen steigen enorm.
- Während ein Ausbau moderner Sozialeinrichtungen notwendig wäre, wird im Gemeindebereich gekürzt und gespart. Erfolgreiche Projekte werden geschlossen oder stark eingeschränkt (z.B. Echo, das Drogentherapieprojekt „Change“, Verschlechterungen bei der MA 11, etwa durch die Auflösung des FSW).

Wer heute im Sozialbereich arbeitet, ist gut beraten, gemeinsam mit anderen Bereichen Widerstand gegen diese Entwicklung zu leisten!

Titelblatt der neuen Zeitung der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften für den Wiener Sozialbereich. Die Zeitung ist bei der Redaktion zu erhältlich.

Eisenbahn: Betriebsratswahlen im Juni fix

Chance für kämpferische Alternativen

von Franz Breier jun.,
SLP Wien-Mitte

Seit 11. April ist es fix: Am 7., 8. und 9. Juni 2005 finden im gesamten Konzern der "ÖBB-Holding AG" die ersten Betriebsratswahlen statt. Diese beinhalten trotz der verheerenden Auswirkungen von Zerschlagung und Dienstrechtsänderungen eine Chance.

KLAGEN GEGEN FALSCHES LOHNABRECHNUNGEN

In der letzten Ausgabe des **VORWÄRTS** berichteten wir von der teils katastrophalen Stimmungslage bei den Beschäftigten und dem Chaos bei den Lohnabrechnungen. Diese Situation hat sich leider nicht gebessert. Es wurde eine Reihe von Klagen gegen falsche Lohnabrechnungen eingereicht. Der Gesamt-Streitwert liegt laut einer APA-Presseaussendung vom 4. April bereits bei 15 Mio. Euro. Vor allem Überstunden und Zulagen werden oft "weggelassen", was zu Ausfällen von Hunderten Euro pro Monat führen kann.

Gewerkschafts-Vorsitzender Haberzettl wirft dem Management zurecht "fahrlässiges Handeln" vor. Gleichzeitig ver-

ABWANDERUNG WEG VON DER FSE-FRAKTION

Dass das von vielen EisenbahnerInnen so gesehen wird, zeigt eine Abwanderungs-Welle weg von der dominierenden SPÖ-Fraktion FSE. Ein Beispiel dafür ist die Gründung der "Unabhängigen Lokführer" (ULV) im April in Salzburg. Diese sind ein Teil der Grünen und Unabhängigen EisenbahnerInnen (GUG). Die Forderungen der ULV umfassen Themen wie bessere Urlaubplanung sowie Planung der Nachschichten. Viele ehemalige FSE-Mitglieder wech-

TERMIN

Freitag, 6. Mai, Linz

DISKUSSION: "Arbeitszeit: Verkürzen oder ausdehnen?"

19 Uhr, Alte Welt, im Keller Hauptplatz 4, Linz



Die SLP auf Solidaritätsbesuch beim Streik der EisenbahnerInnen 2003.

Glaubt der ÖGB noch an den Weihnachtsmann?

Umfassender Rechtsschutz durch Gewerkschaften ist wichtig, aber kein Ersatz für eine Kampfstrategie

von Sonja Grusch,
SLP Wien-Nord

In entscheidenden Auseinandersetzungen der letzten Jahre hat sich der ÖGB vor allem auf die Gerichte verlassen: Statt (weiter) zu kämpfen wurde die Auseinandersetzung mit den Pensionsreformen, mit den Angriffen auf den Hauptverband der Sozialversicherungsträger, dem Eingriff in Verträge bei der Bank Austria (...) auf die Ebene der Justiz verlegt. Das Ergebnis dieser Strategie sieht für die Beschäftigten zuweilen katastrophal aus: "Aber gut, das ist ein Höchstgerichtsurteil und die Gewerkschaft der Eisenbahner ist so weit, ein Verfassungsgerichtshofurteil auch als Höchstgerichtsurteil anzuerkennen. Das muss man zur Kenntnis nehmen." (Eisenbahner-Zentralsekretär und FSE-Vorsitzender Bacher nach dem Scheitern einer Klage gegen das Pensionsgesetz 2001).

VELOCE: DIE ENERGIE DER BELEGSCHAFT WURDE NICHT GENUTZT

Die FahrerInnen des Botendienstes Veloce hatten 2004 gestreikt und als Folge einen Betriebsrat gewählt. Dieser wurde vom Geschäftsführer geklagt, da es sich bei den FahrerInnen um freie DienstnehmerInnen handelt. Die GPA



schen anfangs froh, endlich freie DienstnehmerInnen gefunden zu haben mit denen sie in einem Präzedenzfall das Recht freier DienstnehmerInnen auf einen Betriebsrat vor Gericht durchsetzen konnte. Was dann in der GPA geschah, ist unklar. Die Veloce Betriebsräte wurden jedenfalls nicht wirklich eingebunden. Es wurde nicht mit ihnen gemeinsam eine Strategie erarbeitet, sondern über ihre Köpfe hinweg agiert. Eine politische Kampagne der Gewerkschaft für dieses Recht von freier DienstnehmerInnen gibt es nicht.

Als Ergebnis ist ein Vergleich wahrscheinlich: es soll eine FahrerInnenvertretung geben mit der der Geschäftsführer einmal pro Monat spricht. Diese ist aber kein Betriebsrat und hat daher auch keine

Rechte. "Mit der Strategie war nicht mehr drin" meint Fortuna (noch Betriebsrat bei Veloce). Das Verfahren selbst wurde um die falschen (und andere als ursprünglich fixierten) Punkte geführt. Nämlich nicht um das Recht freier DienstnehmerInnen auf einen Betriebsrat, sondern darum, ob die FahrerInnen freie DienstnehmerInnen sind. "Nötig wäre es nicht zu zeigen, dass wir keine Freie DienstnehmerInnen sind, sondern dass wir eine Vertretung braucht" erklärt Fortuna, "das gehört nicht nur vor Gericht, das muss öffentlich gemacht und diskutiert werden."

RECHT MUSS ERKÄMPFT WERDEN

Seit seiner Gründung vor 60 Jahren agiert der ÖGB "staats-

tragend" und vertraut auf "Rechtstaatlichkeit". Was ist der Staat? Ein neutrales Gebilde, das "für alle StaatsbürgerInnen" da ist? Nein. Der Staat ist ein Herrschaftsinstrument einer Klasse über eine andere. Z.B. ist der Schutz des Privat-eigentums (nicht die eigene Zahnbürste, sondern Großgrundbesitz und Unternehmen) ein zentrales Recht in bürgerlichen (=kapitalistischen) Staaten. Ein – tatsächlich anwendbares – Recht auf ein gesichertes Einkommen und soziale Absicherung gibt es nicht. Der Staat stellt also das Recht weniger (KapitalistInnen) über das Recht der Mehrheit der Bevölkerung. Trotzdem hat die ArbeiterInnenbewegung Verbesserungen, wie die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung, Schutzbestimmungen etc. erkämpft.

Nicht indem sie auf "objektive" Gerichte gehofft, sondern in dem sie für diese Rechte demonstriert und gestreikt hat. Das jeweils herrschende Recht spiegelt immer das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft wieder. Je stärker und offensiver die ArbeiterInnenbewegung, umso besser steht sie auf gesetzlicher Ebene da.

AUF DER STRASSE UND IM GERICHTSSAAL

Natürlich müssen ArbeiterInnenrechte auch vor Gericht verteidigt werden. Notwendig ist aber die politische und kämpferische Vertretung mit den Betroffenen gemeinsam. Im Fall Veloce hätte das bedeutet, dass ein politischer Prozess geführt wird mit einem Anwalt, dem es um politisches, nicht um geschriebenes Recht geht. Ein solcher Prozess muss Teil einer politischen Kampagne sein. Freie DienstnehmerInnen aus verschiedenen Bereichen müssen eingebunden werden. Das Recht auf betriebliche Vertretung muss laut und öffentlich gefordert werden. Die Gewerkschaften müssen Solidarität und Veranstaltungen, Demonstrationen sowie Streiks organisieren. Mit dieser Strategie können die Veloce-FahrerInnen ihr politisches Recht durchsetzen – auch wenn es nirgends geschrieben steht.

Ihr da oben, ...

Volle Solidarität mit Robert Hobek!

Während FSG und FCG nichts gegen der Zerschlagungskurs von Postmanagement und Bunderegierung unternehmen, versucht der GLB-Post Widerstand zu organisieren. An der Spitze Robert Hobek, Betriebsratsvorsitzender am Postamt 1230 (Liesing). Für seinen Kampf gegen die Zerschlagung und den Einsatz für die mehr als 250 KollegInnen des PA 1230 wird er nun mit einem Disziplinarverfahren "belohnt". Drei Kläger, die Österreichische Post AG, Österreichische Post AG Personalamt Wien und - last but not least - die Disziplinarkommission beim Bundesministerium für Finanzen, werfen ihm vor seine Kompetenzen als Personalvertreter überschritten zu haben und wollen ihn mit einer Klage beim Arbeits- und Sozialgericht maßregeln. Die SLP steht voll hinter Robert Hobek! Wir schlagen dem GLB vor rund um das Gerichtsverfahren eine Solidaritätskampagne zu organisieren. Jetzt ist es wichtig die Machenschaften des Postmanagements aufzuzeigen und gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte aktiv zu werden. Der erste Verhandlungstermin findet am 9.5. am Wiener Arbeits- und Sozialgericht statt. **VORWÄRTS** wird weiter berichten.

Unternehmerparadies Österreich?

In einer Studie der Wirtschaftskammer, bezifferte diese die Nettoentlastung der Unternehmen durch die Regierung zwischen 2001 und 2005 auf fünf Milliarden Euro. In Österreich gibt es lange Jahresarbeitszeiten (1.750 Stunden, Deutschland 1.586), niedrige Ertragssteuern (Österreich 25 %, Deutschland 38,7 %) und Lohnstückkosten (Produktivität in Relation zu Lohnkosten), auf niedrigerem Niveau als in Ungarn oder Polen.

Wer bezahlt unsere Steuern?

Der ehemalige Direktor der Österreichischen Nationalbank Thomas Lachs rechnet vor: "Um so kleiner der Anteil der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen, um so größer der Anteil an indirekten Steuern (Anm.: z.B. MWSt.) um so weniger sozial gerecht ist das Steuersystem. Hier schneidet Österreich besonders schlecht ab. Bei uns machen die indirekten Steuern über 30 % der Steuereinnahmen aus." Zum Vergleich: In den Niederlanden, Belgien, Deutschland, Frankreich sind es knapp 26 %, in den USA nur 17%. Der Anteil der Lohnsteuern am Steueraufkommen stieg darüber hinaus in den letzten 30 Jahren von 18% auf 30%. (Arbeit und Wirtschaft 2/2005).

... wir hier unten!

FPÖ/BZÖ:

Das letzte Gefecht?

von John Evers, SLP Wien-Nord

“Das BZÖ ist die letzte Chance” (BZÖ-Vize-Chefin Heike Trammer, 19.4.2005). Tatsächlich hält Haider selbst in einer OGM-Unfrage beim Rekordwert von minus (!) 69 Prozent – er ist inzwischen der mit Abstand unbeliebteste Spitzenpolitiker des Landes. Die SLP stellt dazu in einer aktuellen Stellungnahme fest “Zu ihrem Höhepunkt hat die FPÖ 27 % erreicht, vor Haider mit einer Ausrichtung auf das deutschnationale Lager 4-6%. Nach einem letzten Test bezüglich der Kräfteverhältnisse in der FPÖ angesichts der Abstimmung über den Ausschluss Mölzlers hat sich Haider für die Trennung entschieden. Haiders Vorstellung ist folgende: er überlässt Strache&Co mit der FPÖ diese 4-6% und holt sich die restlichen 21-23%. Diese Rechnung wird nicht aufgehen.”

EINE KATASTROPHALE BILANZ

Den Auslöser der Spaltung der FPÖ stellt zweifellos ihre katastrophale Performance in der Regierung dar. Das Kabinett Schüssel I war 2002 am Rücktritt der gesamten freiheitlichen Führungsriege zerbrochen. Auch die letzten sieben Regierungsumbildungen in nur zwei Jahren (Kabinett Schüssel II, seit Februar 2003 im Amt) gingen - mit der prominenten Ausnahme Ernst Strassers - praktisch ausschließlich auf das Konto der Freiheitlichen. Unprofessionalität - vor allem gegenüber einer sehr machtbewussten ÖVP- bzw. allzu offensichtliche Korruption sorgte für Unmut und zuweilen nur mehr Kopfschütteln. Letzte Meldung: Wie erst jetzt bekannt wurde erhielt der Ex-Mandatar Gaugg angeblich für sein Verschwinden von der politischen Bühne, 200.000 Euro Riess-Passer und Karl Schweitzer zugesichert, die er nun einklagen möchte (Standard, 20.4.2005). Bereits 2001 meinte die SLP, dass die FPÖ zum eigentlichen Schwachpunkt des Wendeprojekts mutiert ist. Der Sinkflug der Freiheitlichen hat allerdings einen handfesten Hintergrund: Der hemmungslose Populismus der Haider-Ära wurde vor allem durch die neoliberalen Regierungspraxis schnell entzaubert.

VERZWEIFELTER BEFREIUNGSSCHLAG ALT: KNITTELFELD

Die FPÖ gilt heute als normale “Altpartei” - als Partei der Nehmer, der gebrochenen Versprechen, der Kürzungs- und Sozialabbaupolitik. Die Schnelligkeit mit der ihr Absturz erfolgte, die binnen weniger Monate wieder zusammen geschmolzenen Mandate und öffentlichen Ämter, sorgten seit ihrem Regierungseintritt, für die permanenten inneren Spannungen, Spaltungen, Personalrochaden und nicht zuletzt die immer neuen Kapriolen des Kärntner Landeshauptmannes. Haiders eigene Positionierung seit 2000 drückt diese innere Zerissenheit gut aus: In der ersten Phase versuchte er die Arbeitsteilung als zwischenrufende Opposition zur eigenen Regierung. Nach den permanenten Niederlagen für die siegesgewohnte Partei, erfolgten “Klub Jörg”-Gründung und “Knittelfeld”. Es war der erste Versuch eines Befreiungsschlags, einer Neupositionierung, damals gegenüber dem freiheitlichen “Kuschelkurs” in

der Regierung und just mit jener “Basis” von der er sich jetzt trennte. Der Zusammenbruch bei den Nationalratswahlen 2002 (die FPÖ sackte auf ein gutes Drittel ihrer Stärke von 1999 ab), ließen den Verbleib in der Regierung gegenüber der relativen politischen Bedeutungslosigkeit als 10% Oppositionspartei, alternativlos erscheinen. Doch statt einer erhofften Konsolidierung kam 2003 die größte Streikwelle in der Nachkriegsgeschichte. Für die Regierung setzte es Niederlage um Niederlage; weiterhin erwies sich die FPÖ als hauptsächlicher “Nettozahler” für den allgemeinen Unmut. Wichtige Ausnahme war lediglich die Kärntner Landtagswahl 2004: Hier versank die ÖVP im Sumpf, während Haider mit Unterstützung der SPÖ (die vorher schon seinen Wahlsieg zu verantworten hatte), erneut Landeshauptmann wurde.

VERZWEIFELTER BEFREIUNGSSCHLAG NEU: BZÖ

“weg von starren ideologischen Konventionen, schwerfälligen Strukturen und korsettartigen Parteiapparaten, abseits von kurzsichtiger

Interessenpolitik, von gruppendifamischem Destruktivismus und der Kapitulation vor globalen Herausforderungen” (aus der BZÖ-Präambel).

Die Neupositionierung als inhalts- und ideo-logielose “Antipartei” BZÖ, war nun der zweite Versuch eines verzweifelten Befreiungsschlages; diesmal ohne, bzw. gegen die (FPÖ) - “Basis”. Der Verzicht auf Strukturen und Apparat, ist zunächst vorgegeben: Vielmehr als die 564 zum Gründungskonvent mühsam angekarrenen UnterstützerInnen dürfte das “Bündnis” zur Zeit nicht besitzen. Der tatsächlich aber stattfindende Streit um Schulden, Parteibüros und deren Türschlösser, verspricht allerdings noch spannend zu werden. Das eigentliche Problem des “neuen” Bündnisses besteht allerdings darin, dass sich am grundsätzlichen Dilemma von Haider und Co. nichts verändert hat: Nämlich dem bisher gescheiterten Versuch, sich als mit den Methoden des Populismus einst groß gewordenen Kraft, in einer unbeliebten Regierung zu behaupten.

ZWEI RECHTSEXTREME PARTEIEN

An den Spitzen der Landes- und Bundesorganisation geht der personelle Riss tatsächlich quer durch jene Kräfte, welche die FPÖ ausmachten. Die Aussagen des “BZÖ-Bundesrates” Kampl - Wehrmachtsdeserteure seien Kameradenmörder und Nazis brutal verfolgt worden - weisen lediglich darauf hin, dass ideologische Komponenten bei dieser Spaltung eine absolut zweitrangige Bedeutung gespielt haben. Das Grosz der Regierungs-, Parlaments- und Bundesratsmitglieder hält sich aus nackter Angst vor dem Verlust von Posten und Privilegien am seidenen, orangenen Faden an. In den Landesorganisationen - mit Ausnahme Kärn-

tens - zeichnet sich aus demselben Grund ein umgekehrtes Bild. Dieser “Klarungsprozess” wird nicht nur personell noch länger andauern: Auch wenn das BZÖ sich jetzt stärker für den “Mittelstand” positionieren will (wie die Haider-FPÖ in ihrer ersten Phase), umkämpfen beide Parteien dasselbe, grundsätzlich für rechtsextreme Kräfte ansprechbare, WählerInnenpotential. Es ist durchaus möglich, dass es hier in den “typischen” Fragen – Stimmungsmache gegen Asylwerber, Sicherheitspolitik, oder rechte Globalisierungskritik – zu einer Art Wettkampf der rechten Hetzer kommt.

PERSPEKTIVEN

Zur Zeit ist das politische Überleben des BZÖ keineswegs gesichert, auch das weitere Abrutschen der FPÖ ist die unmittelbar wahrscheinlichste Variante. Die Instabilität der Regierung hat sich dadurch insgesamt dramatisch erhöht: Neben der Angst vor Neuwahlen, hält sie im Grunde nur die die Alternativlosigkeit der Opposition am Leben. Es dauerte immerhin zwei Wochen bis sich die Bundes-SPÖ endlich zu

*“Die ÖVP will mich als Verrückten darstellen.”
(Jörg Haider, Februar 2005)*

*“Haider ist ein konstruktiver Partner”
(Wolfgang Schüssel, April 2005)*

Neuwahlforderungen für Kärnten durchrang - ganz abgesehen von den Bussis die der Rechtsextremist John Gudenus von einer SPÖ-Mandarin für seine Stimme im Bundesrat gegen die Regierung erhielt.

Ausgeschlossen ist allerdings, dass das derzeit gepflegte harmonische Bild - hier die väterliche ÖVP, da ihr nunmehr braver Mehrheitsbeschaffer - lange anhält: Neben den “inneren” BZÖ/FPÖ Kämpfen, werden vor allem Haider und Co. versuchen, sich in jeder erdenklichen Weise (neue Staatsbesuche?) zu profilieren. Umgekehrt sind Abwanderungstendenzen vom BZÖ zur ÖVP nicht unwahrscheinlich.

Eine zusätzliche Frage betrifft die Zukunft der “FPÖ-Alt”: Dort erscheinen heute die ultrarechten Kräfte wie Mölzer und Stadler als wesentlicher Stabilitätsfaktor mit einer gewissen sozialen Basis und Verankerung. Mölzer erhielt immerhin 22.000 Vorzugstimmen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit so etwas wie den gesamten harten, rechtsextremen Kern in Österreich repräsentieren. Angesichts der Tatsache, dass die wesentlichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche, rechtsextreme Kraft weiter fortbestehen, könnte sich hier mittelfristig ein besonders gefährliches Bedrohungspotential entwickeln (siehe auch Kasten). Gleichzeitig finden in der “FPÖ-Alt”, weitere Auseinandersetzung um die strategische Ausrichtung - z.B. die Frage einer weiteren Regierungsbeteiligung/ Unterstützung - bereits hinter den Kulissen statt.

DIE ROLLE DER ARBEITERINNENBEWEGUNG UND DER SLP (AUS UNSERER STELLUNGNAHME)

Die jetzige Situation ist auch Ausdruck für das Fehlen einer ArbeiterInnenpartei, die die sozialen und politischen Interessen der ArbeiterInnenklasse im Parlament aber v.a. auf der

Fotomontage: T. Boukal, Wien



Strasse vertritt. Seit der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie gibt es in Österreich keine ArbeiterInnenpartei mehr - gerade jetzt wäre sie aber wichtig. Eine solche Aufzubauen, ist daher eine dringende Aufgabe.

Ein wichtiger Faktor für die kommende Entwicklung wird die Rolle der ArbeiterInnenbewegung sein. Sie hat 2003 ein deutliches Zeichen gesetzt. Unter dem Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie wurden die Kämpfe damals aber nicht erfolgreich zu Ende geführt und die Regierung gestürzt, sondern im Gegenteil seither weitere Angriffe hingenommen. Im Kampf für ihre sozialen Rechte kommt der ArbeiterInnenbewegung die zentrale Rolle zu - diese Fragen werden nicht bei Wahlen, sondern auf der Strasse und in den Betrieben gelöst werden. Die momentane demokratiepolitische Farce kann die Ablehnung in das Establishment weiter erhöhen (insbesondere da die Opposition nicht in der Lage ist, sich als Alternative zu präsentieren) und bei kommenden Wahlen (neben wahrscheinlicher Zugewinne für die SPÖ) v.a. das Lager der nicht-WählerInnen verstärken.

Die Aufgabe von SozialistInnen wird es nicht nur sein, bei kommenden Wahlen eine wählbare Alternative, eine ArbeiterInnenpartei bzw. eine sozialistische Partei, anzubieten sondern v.a. klar zu machen, das es Politik jenseits der etablierten Parteien gibt und das sich die ArbeiterInnenklasse in ihrem Kampf für soziale und demokratische Rechte nicht auf die etablierten Parteien verlassen kann, sondern nur auf sich selbst.

Dass sich der ÖGB angesichts einer solchen Regierungskrise in Schweigen hält, ist ein Argument. Jetzt wäre es nötig, nicht nur Neuwahlen zu fordern, sondern Proteste und Widerstand zu organisieren, die dieser Regierung ein Ende bringen und jeder neuen klar machen, dass künftiger Sozialabbau auf massiven Widerstand seitens der ArbeiterInnenbewegung treffen wird.

Der ÖGB braucht ein Sozial- und Wirtschaftsprogramm, dass nicht in der neoliberalen Logik des Kapitalismus stecken bleibt, sondern sich an den Bedürfnissen der ArbeiterInnenklasse orientiert. Das bedeutet u.a. die Rücknahme der Pensions“reformen”, der Zerschlagungen bei Postbus und Bahn, sowie des Sozialabbau der letzten Jahre.

Der ÖGB muss umgehend zu einer Großdemonstration zum Ende der Regierung aufrufen. In den Betrieben und Dienststellen müssen Aktionsgruppen gebildet werden deren Aufgabe die Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen gegen Sozialabbau und Privatisierung sind: Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks. Im Rahmen dieser Aktionsgruppen sollte auch über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten für eine politische Alternative diskutiert werden. Damit nach Neuwahlen die österreichische ArbeiterInnenklasse nicht mit einer neuen, neoliberalen Regierung (mit ähnlichem Programm aber unterschiedlichen Akteuren) konfrontiert ist, ist der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm notwendig. Weder SPÖ noch Grüne können diese Aufgabe erfüllen, die Impulse dafür müssen aus der Gewerkschaftsbewegung und von kämpferischen KollegInnen kommen.

Neuformierung des Rechtsextremismus

Die Krise der FPÖ und die Gründung des BZÖ sind Teile eines Neuformierungs-Prozesses der extremen Rechten. Dabei ist es nötig, einen Blick auf Entwicklungen außerhalb der FPÖ sowie in andere Länder zu werfen.

DER BFJ IN OBERÖSTERREICH

Die rechtsextreme und faschistische Szene in Österreich war nie auf die FPÖ und ihre Jugendorganisationen beschränkt. Der "Bund freier Jugend" (BFJ) in Oberösterreich versucht unabhängig von der Parlamentspartei FPÖ den Kern für eine faschistische Truppe der Propaganda und der Tat zu formen. Anweisungen und Vorbilder dafür holt er sich weder bei Haider noch bei Mölzer. (Wenngleich er mit Mölzer via Diskussionsveranstaltungen und Symposien lose verbunden ist.) Bedeutend sind seine engen Kontakte zur deutschen NPD sowie NPD-Abspaltungen in Ostdeutschland. Die NPD erzielte 2004 bei EU-Wahlen 0,9 % und 9,2 % bei den Wahlen in Sachsen. Von ihnen hat der BFJ unter anderem gelernt, linke Sprüche für die eigenen Zwecke zu missbrauchen. Gegenwärtig verwendet er ein Transparent mit dem Slogan "Eine andere Welt ist möglich".

Dennoch gibt es bedeutende Unterschiede zwischen BFJ und NPD: die Größe der NPD und die um einiges verheerendere soziale Lage in großen Teilen Deutschlands erlaubten dieser, neben dem "Kampf um die Köpfe und auf der Straße" auch den "Kampf um die Parlamente" in die Strategie einzubauen. Davon ist der BFJ noch weit entfernt und es ist anzunehmen, dass er aufgrund der FPÖ-BZÖ-Erfahrungen diesbezüglich keine Initiativen setzen wird wollen.

Der BFJ gibt auf seiner "Aktion sichere Zukunft"-Homepage die Marschrichtung vor: "Wir geben jetzt das Signal zum Aufstand! ... Schaffen wir ein Klima, welches den Verrätern an Volk und Land einheitigt! ... Wir glauben nicht mehr daran, im jetzigen Zustand eine Wende über die Wahlurnen erwirken zu können. Die Systemparteien haben uns enttäuscht und für dumim verkauf! ... Deshalb gehen wir auf die Straße!" Das unterscheidet sich maßgeblich vom rechtsextremen Populismus eines Haider und selbst eines HC Strache (FP-Chef).

Es ist kein Zufall, dass der BFJ gerade in Zeiten der zugesetzten FPÖ-BZÖ-Krise verstärkt auf-



Ob blau oder orange: Rechts bleibt rechts. Dagegen wird demonstriert.
Hier: 14. April 2005, Wien, Foto: pedro, www.clandestino.at

tritt. Er verteilt sogar Flugblätter in Wohnvierteln und tritt mit Lautsprecherwagen auf. In seinen Flugblättern greift er mitunter auch die FPÖ offensiv an. Sie habe trotz diverser Versprechungen sich von der Macht korrumpern lassen und das "Problem mit den Einwanderern" nicht gelöst.

INSTABILITÄT DES POPULISMUS

Populistische Formationen können sehr instabil sein. So sind die Abspaltung von Le Pens

"Front National" durch Bruno Megret (Frankreich) und die niederländische "Liste Pim Fortuyn" sehr rasch von der Erdoberfläche verschwunden. Der BFJ zieht offensichtlich seine Schlüsse aus den Erfahrungen neuer und sehr kurzfristiger rechtsextremer bzw. populistischer Projekte. Seine Herangehensweise ist von einem langfristigen Plan gekennzeichnet. Dabei legt er Wert auf "theoretische" Schulung und praktische Aktivitäten. Damit will er eine Truppe zusammenschweißen, die – falls sinnvoll – zu offenen faschistischen Attacken übergehen wird.

VLAAMS BLOK / VLAAMS BELANG

Eine wichtige Rolle im Rechtsextremismus Europas spielte und spielt der belgische bzw. flämische "Vlaams Blok". Dieser heißt seit 2004 "Vlaams Belang" (VB), nachdem ein Gerichtsurteil gegen den Rassismus des VB Druck ausübt. Der VB nutzte das Urteil insoweit, als dass er sich als Kraft "gegen das Establishment" hinstellt. Mit dem Niedergang der FPÖ stellt der VB neben der NPD in Deutschland und dem Front National die größte und gefährlichste rechtsextreme Kraft Westeuropas dar. Sie ist unter anderem deshalb noch nicht in einer Krise, da sie sich beständig in "Opposition" befindet und damit nicht an der Regierung ihre Maske fallen lassen muss. Denn auch sie will arbeiterInnen-feindliche und neoliberalen Politik!

Es gibt in Belgien Diskussionen, ob der VB seinen Charakter ändert und etwas "etablierter" werden wird. Der VB-Vorsitzende Frank Vanhecke sprach mit der Neugründung 2004 von einem "Vlaams Blok Lite". Demgegenüber stehen Abgeordnete wie Filip De Man, der offen zu faschistischen Ideen steht. Im VB gibt es (ähnlich der FPÖ) Differenzen zwischen von außen kommenden KarrieristInnen und den seit langem überzeugten Rechtsextremisten. Die gegenwärtige VB-Führung versucht offensichtlich einen Balanceakt. Einerseits hat sie mit der Neugründung ihre grundlegende Politik keineswegs abgeschwächt, andererseits jedoch keine Anstalten gemacht, manche unliebsame Nazi-Sympathisanten auszuschließen. Gleichzeitig verfügt der VB mit der Privat-Security "Voortpost" über eine faschistische Schlägertruppe, die aggressiv auf Treffen und gegen MigrantInnen und Linke vorgeht. Führende VB-Funktionäre beziehen sich offen positiv auf Nazi-Kollaborateure wie Staf De Clerq von der Flämischen Nationalistischen Partei VNV in den 1940er Jahren. Letztlich meint Vorsitzender Frank Vanhecke mit seiner "Light-Version" ein der Situation angepasstes Auftreten: "Wir ändern nicht, was wir sagen, sondern wie wir es sagen."

Erfolgsmodell für das BZÖ?

Die FPÖ unter Jörg Haider 1986-1999. Ein kurzer Rückblick mit anschließendem Ausblick.

von Albert Kropf, SLP Wien-Mitte

Natürlich bedeutet die Gründung des BZÖ keine Umorientierung oder gar Bruch Haiders mit seinen eigenen Traditionen. Letztlich ist es nur ein weiterer Versuch, den Spagat zwischen Rechtspopulismus und neoliberaler (Regierungs-)Politik aufrechtzuerhalten. Politische Zick-Zacks wie jetzt, waren aber auch ein wesentlicher und markanter Bestandteil der FPÖ-Geschichte.

1986 UND DAS ENDE DES "LIBERALEN" INTERMEZZO

1986 regierte in Österreich noch eine kleine Koalition aus SPÖ und FPÖ. Nach außen hin gab sich die FPÖ - trotz "nationaler" Basis - zu dieser Zeit "liberal". Seit den 60ern hatten wesentliche Teile ihrer Parteispitze versucht, die Freiheitlichen regierungsfähig zu machen. SPÖ und ÖVP zeigten sich in der Folge mehrmals durchaus geneigt, diese Integration zu unterstützen. Als 1983 die SPÖ die Absolute verlor und einen Koalitionspartner suchte, schien die blaue Stunde gekommen: Mit Norbert Steger wurde der erste freiheitliche Parteivorsitzende Vizekanzler. Diese SPÖ/FPÖ-Koalition begann gleichzeitig - erstmals in der Nachkriegsgeschichte - massiv Sozialabbau und Privatisierungsmaßnahmen umzusetzen. Als die Frei-

heitlichen in Meinungsumfragen aus dem Parlament zu fliegen drohten, hob die "nationale" Parteibasis putschartig den jungen Kärntner Landesparteivorsitzenden Jörg Haider an die Spitze. Nunmehr in der Opposition erfolgte unter Haider eine rechtsextreme Neupositionierung, deren Erfolg durch den Filz großen Koalition (1986-1999) und deren Politik maßgeblich bestimmt war.

DER AUFSTIEG HAIDERS UND DER FPÖ

Bereits Anfang der 80er Jahre begann die Reformpolitik der SPÖ zu verblassen, versinnbildlicht durch ihren damals neuen Vorsitzenden und Kanzler, den Banker Franz Vranitzky. Die SPÖ entdeckte die "neue Mitte" und machte einen Schritt nach rechts nach dem anderen. Konkret hieß das Privatisierungen, "Sparpakete" für jung und alt und eine steigende Arbeitslosigkeit. Nebenbei aber bedienten sich SPÖ und VP Politiker schon damals völlig ungeniert an den Steuertöpfen und gönnten sich selbst eine Masse an Privilegien, das alles, ohne eine Alternative links neben der SPÖ oder auch nur gewerkschaftlichen Widerstand.

Mit den Grünen kam zwar eine neue Partei in den 80er Jahren ins Parlament, sie wendeten sich aber ganz bewusst an eine völlig andere soziale Klientel. Damit war der Weg mehr oder minder frei für Jörg Haider. Er konnte sich nun

Schritt für Schritt sein neues "Robin Hood" Image zulegen und sich als einzigen Oppositionspolitiker darstellen. Die FPÖ etablierte sich als populistische Protestpartei gegen "die da oben". Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider ist damit aufs engste dem Wandel bzw. der Verbürgerlichung der SPÖ verbunden!

VON DER NEUEN "ARBEITERPARTEI" ZUM BZÖ?

Als "kantige" Opposition verband Haider erfolgreich soziale Töne mit rechtsextremen, rassistischen und antigewerkschaftlichen Inhalten. Die SPÖ reagierte auf den Aufstieg und die Wahlerfolge Haiders mit Überheblichkeit - anstatt die Ursache in der eigenen Politik zu suchen. Damit konnten aber weder die bereits davongetrennten Mitglieder zurück gewonnen werden, noch dem Aufstieg Haiders Einhalt geboten werden. Der FPÖ gelang es damals bei Wahlen tief in die Kernschichten der ArbeiterInnenklasse einzudringen. Viele Kommentatoren sahen die FPÖ sogar als neue ArbeiterInnenpartei. Tatsächlich war die FPÖ nicht nur von ihrer Geschichte und ihren - neoliberalen - Programmen her gesehen, das exakte Gegenteil einer solchen Kraft. Ihre angebliche "ArbeiterInnenpolitik" beschränkte sich neben der rassistischen Hetze, lediglich auf die Vorlagen die ihr die anderen Parteien fast täglich gaben. Mitglieder und Funktionäre aus der ArbeiterInnen-

klasse konnte die FPÖ allerdings zu keinem Zeitpunkt gewinnen: Trotz einer Millionen mehr WählerInnen, wuchs die eigentliche Parteibasis zwischen 1986 und 1999 nur um rund 10.000 Personen an. Alle Versuche diese Basis - beispielsweise als "F-Bewegung" - zu verbreitern, schlugen fehl. Genau in dieser schwachen sozialen Verankerung als bloße "Protestpartei", lag das eigentliche Problem der FPÖ in der Regierung und ihre extreme Instabilität seit 2000. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass sich das BZÖ als reine Retortenkraft heute jene Verankerung - und damit Stabilisierung - verschaffen kann, die ihr (der Haider-FPÖ) bereits als erfolgreiche Opposition verwehrt blieb. In der Vertretung von politischen Positionen wirkt das BZÖ tatsächlich noch viel unglaublicher, als es die Sprüche der Haider-FPÖ vor 1999 waren - vor allem weil jetzt Millionen Menschen von den konkreten Auswirkungen ihrer Politik betroffen sind. Der Verzicht des BZÖ auf das Image als ArbeiterInnenpartei hat allerdings einen guten Grund: Heute gibt es in Österreich - im Gegensatz zu den 80er und 90er Jahren - nicht nur Erfahrungen mit dem Haider und Co. - Sozialabbau an der Regierung. Ebenso gibt es Erfahrungen in breiten Teilen der ArbeiterInnenklasse, dass Protest auch anders ausgedrückt werden kann, als rechten Populisten die Stimmen zu geben.

Der 1. Mai begann als internationaler Streiktag und erfolgreiche sozialistische Kampagne.

1. Mai: Sozialistischer Kampftag, nicht Staatsfeiertag!

von Margarita Döller,
SLP Wien-Nord

Ursprünglich war der 1. Mai ein Tag, an dem aktiv gestreikt wurde. Durch eine erfolgreiche Bewegung rund um den ersten Mai wurde er als Feiertag der ArbeiterInnen durchgesetzt. Doch heuer fahren die öffentlichen Verkehrsmittel den ganzen Tag, die Beschäftigten bei den ÖBB müssen arbeiten und viele andere teilen das gleiche Schicksal.

URSPRUNGE IN DEN USA

Die Geschichte des 1. Mai beginnt 1886 in den USA. Dort bildete sich eine Massenbewegung für die Verkürzung der Tagesarbeitszeit. Am 1. Mai wurde dieser Forderung mit Kampfmaßnahmen Ausdruck verliehen. 340.000 ArbeiterInnen in 12.000 Fabriken in den USA streikten mehrere Tage lang. Am 3. und 4. Mai wurde der Streik jedoch brutal niedergeschlagen und von der Polizei beendet. Vier Jahre später war die Bewegung jedoch noch lange nicht vorbei. "The American Federation of Labour" beschloss, wieder für eine Kundgebung am 1. Mai 1890 aufzurufen. Die 2. Internationale griff den Aktionstag ebenfalls auf und beschloss auf ihrem Gründungskongress 1889 eine international durchzuführende Kundgebung. Es sollte die erste internationale koordinierte Bewegung der ArbeiterInnenklasse werden, nur verständlich, dass die bürgerlichen Regierungen und Monarchen weltweit ziemlich beunruhigt waren. Das Militär wurde bereitgestellt und viele

Unternehmen gaben den ArbeiterInnen frei, weil die Polizei nicht alle Fabriken bewachen konnte.

1. MAI 1890 EIN VOLLER ERFOLG

Trotz Repression wurde der 1. Mai vor allem in Österreich ein erfolgreicher Kampftag. Es gab hier mehr Streiks und Versammlungen als in den meisten anderen Staaten. 100.000 Menschen trafen sich im Wiener Prater und überall in Österreich gab es Kundgebungen und Streiks. In anderen Ländern setzten SozialistInnen ähnliche Maßnahmen. Durch den internationalen Kampftag 1890 gewann die damals noch junge ArbeiterInnenbewegung enorm an Selbstvertrauen. Rosa Luxemburg über den 1. Mai: "Die Maidemonstration ist das vorzüglichste Mittel, die Massen zu sammeln, sie aufzurütteln, sie aufzuklären, sie mit Kampfesmut zu erfüllen, das vorzüglichste Mittel, die Macht der klassenbewussten Arbeiterschaft sichtbar zu entfalten und den Gegnern vor Augen zu führen." In Deutschland, Österreich und anderen Staaten Zentraleuropas kam es in den folgenden Jahren zum Durchbruch der SozialistInnen zur Massenorganisation.

DER ERKÄMPFTE FEIERTAG

1891 beschloss die 2. Internationale, den 1. Mai von nun an jedes Jahr zu feiern. Das war vielerorts jedoch nicht immer einfach. Jedes Jahr mussten Kundgebungen und Streiks erneut erkämpft werden. Die Forderungen, die jeweils im

Vordergrund standen, wechselten im Laufe der Jahre. 1905 stand der 1. Mai ganz im Zeichen einer Solidarisierung mit den KämpferInnen der russischen Revolution. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg galt der Slogan: "Krieg dem Kriege". Während des Krieges war die internationale Sozialdemokratie zusammengebrochen - auf die Maifeiern wurde von ihr verzichtet. Mit der Februarrevolution in Russland 1917, wurde auch wieder an die revolutionären Traditionen des 1. Mai angeknüpft. Im Vordergrund der Massenaktionen stand natürlich die Forderung für sofortigen Frieden. In Österreich wurde die Revolution durch die Sozialdemokratie - vorzeitig - beendet und einige ihrer Traditionen "verstaatlicht": Bezeichnenderweise erklärte der Nationalrat 1919 den 1. Mai zum Staatsfeiertag in Österreich. 1933 endete diese Politik schrittweise den Sozialismus in der Republik umsetzen zu wollen, endgültig in der Sackgasse: Der sich formierende Austrofaschismus verbot erstmals die Maidemonstration. Die Sozialdemokratie - damals noch die relativ stärkste ArbeiterInnenpartei der Welt - reagierte einmal mehr defensiv und rief lediglich zum "Spaziergang" auf. Sowohl Austrofaschismus, wie vor allem der Nationalsozialismus, versuchten in der Folge den 1. Mai für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und gleichzeitig besonders an

diesem Tag Opposition aus der ArbeiterInnenbewegung zu unterdrücken.

KAMPF GEGEN SOZIALABBAAU

Auch heute noch - 60 Jahre nachdem am 1. Mai zumindest in Wien wieder öffentlich gefeiert werden konnte - ist der 1. Mai ein wichtiger Tag im Jahr, aber ein Kampftag der ArbeiterInnen ist er in Österreich momentan (noch) nicht. Die Bewegungen damals haben viel erreicht, aber viele Errungenheiten gibt es heute schon lang nicht mehr. Viele Menschen arbeiten mehr als acht Stunden täglich und die Regierung plant sicher keine Arbeitszeitverkürzung, ganz im Gegenteil. Die SPÖ reduziert den 1. Mai auf eine Zurschaustellung von Uniformen, Bezirkstaferln und Politikern wie einem Häupl, der in Wien konsequent die Situation von ArbeitnehmerInnen verschlechtert. Gegen Sozialabbau kämpft die SPÖ schon lange nicht mehr, denn sie haben einen Großteil davon selber durchgesetzt. Darum kämpfen wir für eine Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei, die die Interessen aller ArbeitnehmerInnen vertritt und die den 1. Mai dann auch wieder als Kampftag nutzen wird.



Titelblatt der Festschrift der Sozialdemokratie in Österreich zum 1. Mai 1897

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-Nordost

Jeden Mi. um 19.00 Uhr, Café Feile, 2., Novaragasse 39

SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jd. Di. um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, Raum 14, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nordwest

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP Oberösterreich

Jeden Montag, 17.00 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4, Linz

SLP Salzburg

Anzutreffen jeden Donnerstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.30 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3, Salzburg

SLP Niederösterreich

Unregelmäßige Treffen im Raum Ybbs.

Bitte Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen.

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

jd. Montag, 17.30 im Amerlinghaus, Wien 7., Stiftgasse 8.

SWI in Salzburg

jd. Do. 19.30 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3

SWI in Niederösterreich

Unregelmäßige Treffen im Raum Ybbs.

Bitte Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!

*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen LinksPartei - ab Mai in neuem Gewand, mit mehr und aktuellem Inhalt. Jetzt besuchen!



suche des Managements uns mit der Polizei zu vertreiben, erwiesen sich als wirkungslos – interessiert nahmen die österreichischen KollegInnen die Informationen an.

"WIEN WIRD NICHT RECHTSEXTREM"

Unter diesem Slogan organisierten SLP und SWI eine Demonstration gegen den Landesparteidag der FPÖ Wien am 14. April im Austria Center. Weit über 200 Jugendliche drückten ihren Unmut über die Hetzplakate der Wiener Freiheitlichen gegen TürkInnen aus. Fast ein Dutzend RednerInnen – praktisch ausschließlich aus den Reihen von SLP und SWI – machten auf weitere Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus, Kapitalismus, der Krise der FPÖ (...) aufmerksam. Insgesamt war die Aktion ein voller Erfolg: Selbst in den Räumlichkeiten des Parteidages waren unsere antifaschistischen Slogans unüberhörbar.

LINZ WIRD AUCH NICHT RECHTSEXTREM

In Linz rief der rechtsextreme Bund freier Jugend auf der Homepage seiner Tarnorganisation "Aktion sichere Zukunft" für den 23.4 zu einem Fackelzug auf. Aufgrund unserer regen antifaschistischen Aktivitäten in der Vergangenheit, wurde diese Demonstration zwar verboten; SLP und SWI meldeten trotzdem eine Gegenkundgebung an und führte diese gemeinsam mit anderen Organisationen durch. Trotz ganz kurzfristiger Mobilisierung kamen 200-300 TeilnehmerInnen, davon viele Unorganisierte. 50 Menschen haben uns ihre Adresse gegeben, ein Jugendlicher überlegt schon konkret seinen Beitritt zur SLP. Unsere Erfahrungen zeigen, dass auf die Polizei im Kampf gegen Rechts - vor allem ohne unseren Widerstand - kein Verlass ist. Ebenso verbreiteten wir in einigen der Wohnblocks, in denen der BFJ laut Eigenangaben bis zu

NEUE ZEITUNG FÜR DEN SOZIALBEREICH

Erfreuliches gibt es auch von der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften zu berichten: Für den – Wiener – Sozialbereich, gibt es ab sofort eine eigene Plattformzeitung die auch über unsere Redaktion bezogen werden kann.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben.

PSK 8812.733

Internationale Solidarität und der Kampf gegen Rechtsextremismus bildeten die Schwerpunkte der SLP-Aktivitäten in den ersten Frühjahrswochen. Ende April besuchten VertreterInnen der ZOO Papier/Slowakei (siehe Artikel S. 7) auf Einladung der SLP Amstetten und Wien, um in öffentlichen Veranstaltungen für Unterstützung ihres Kampfes zu werben. Zweimal verteilten wir auch – gemeinsam – Flugblätter vor dem Neusiedler-Werk in Hausmenig/NÖ. Ver-



Neues aus dem CWI

Rettet Rover!

Stimmt für
Wiederverstaatlichung und
eine Sozialistische Alternative

Britannien: Die Schwesterpartei der SLP in England und Wales - die Socialist Party - stellt mit Louise Houlday, eine Kandidatin bei den kommenden Wahlen im Wahlkreis Birmingham für die antretende Liste "Sozialistische Alternative." In einem Interview erklärte Louise zur Rover-Krise: "John Towers und der Rest der Phoenix Four (Anm.: Vorstand) verschwinden mit Millionen, während ArbeiterInnen mit praktisch nichts gehen müssen. Der Gemeinde wird das Herz gestohlen wenn Longbridge geschlossen oder reduziert wird. "New Labour" hat nicht getan um unser Werk zu retten. Aber wir sagen, dass kann nicht das Ende gewesen sein. Longbridge muss noch heute verstaatlicht werden. Alle ArbeiterInnen sind wieder anzustellen und die Produktion wieder in Gang zu setzen." Insgesamt haben Regierungen seit der Privatisierung Millionen in Rover gepumpt, während ständig Leute entlassen wurden. Das Management hat mehr in sein eigenes Pensionsschema investiert, als in das von 6.000 Beschäftigten. Dave Nellist, Socialist Party Stadtrat in Coventry und früherer Parlamentsabgeordneter meint: "Longbridge kann gerettet werden.... ArbeiterInnen müssen den Abbau der Fabrik jetzt stoppen. So wie es in den 1970ern Werftarbeiter in Schottland, Motorradarbeiter in Meriden getan haben, sollten die ArbeiterInnen in Longbridge die Fabrik besetzen, Regierungsverhandlungen und Jobgarantien verlangen."

**Joe Higgins
in den Medien**

Irland: Nicht nur die Zeitung "Irish Independent" vom 13.4.2005 berichtete vom Einsatz unserer irischen Parlamentsabgeordneten für die ArbeiterInnenklasse. Auch die "Sunday Business Post" zeichnete unter dem Titel "All that's left?" ein Portrait von Joe Higgins, socialist TD. Joe tritt demnach nicht nur gekonnt den Anfeindungen seiner ParlamentskollegInnen" gelassen entgegen. Laut Business Post kommen diese auch nicht umhin, Higgins wirklich als besten parlamentarischen "Performer" zur Kenntnis zunehmen.

Beide Artikel finden sich auf <http://www.socialistworld.net/>.

Papierkonzern Mondi geht weiterhin brutal gegen Beschäftigte in der Slowakei vor.

Papiermulti will Gewerkschaft vernichten

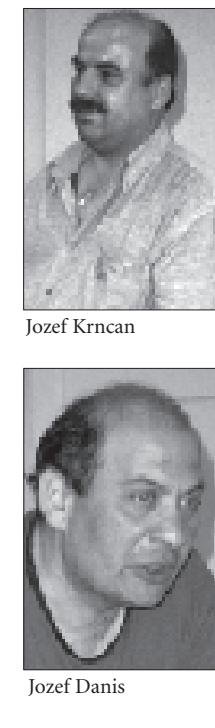
Petr Jindra von der tschechischen Sektion des CWI berichtet aus Ruzomberok

Der österreichisch-südafrikanische Papiermulti Neusiedler/Mondi hat wie viele andere österreichische Konzerne im Osten groß eingekauft, und profitiert von den skandalös niedrigen Löhnen. Im slowakischen Ruzomberok gründete sich, nachdem die alte Gewerkschaft nicht für eine Kampagne für Lohnerhöhungen zu haben war, die neue ZOO Papier, die eine Erhöhung des Stundenlohns um umgerechnet 1,25 Euro fordert (**VORWÄRTS** berichtete). Neusiedler lehnt diese 50%ige (!) Lohnerhöhung ab, hat die InitiatorInnen gekündigt und ein Rufschädigungsverfahren über 519.000 Euro eingeleitet.

"Sie wollen uns aushängen," sagen die entlassenen Arbeiter der Papierfabrik Mondi BP (ehemals Neusiedler) in Ruzomberok, Slowakei. Ein halbes Jahr nach ihrer Kündigung ist noch kein einziges Gerichtsverfahren beendet, bald bekommen die KollegInnen keinerlei Unterstützung mehr, da die slowakische Regierung eben das Sozialsystem zerstört hat.

Ich frage, ob es immer noch starken Rückhalt für ZOO Papier in der Fabrik gibt - und ihr Vorsitzender Jozef Krncan zögert nicht: "Auf jeden Fall! Aber der Druck der Firma am Arbeitsplatz und die rechtli-

SLP-Kundgebung für die KollegInnen in Ruzomberok vor der Zentrale der Industriellenvereinigung in Wien.



che Ungewissheit zwingt die Leute, öffentlich nicht so viel zu zeigen. Aber sobald wir zurück in die Fabrik kommen, wird sich alles umdrehen. Mondi weiß das, die alten Gewerkschaften auch, und darum wollen sie alle rechtlichen Vorgänge so lang wie möglich hinauszögern." Wie zum Beispiel grüßt ein vorbeigehender Arbeiter auf der Straße und fragt nach Neuigkeiten.

"Gruppen von ArbeiterInnen von anderen Arbeitsplätzen bitten uns, ihnen bei ihren Problemen zu helfen, wir diskutieren ob wir eine stadtweite Gewerkschaftsorganisation mit ihnen aufbauen sollen"

fügt der stellvertretende Vorsitzende Jozef Danis hinzu.

Niemand von der unabhängigen Gewerkschaft kann verstehen, wie es möglich ist, dass der offene Gesetzesbruch von Seiten der Firma so offensichtlich von der Gerichten und Autoritäten ignoriert wird. "Es ist einfach - als Neusiedler unsere Papiermühle kauft, haben sie praktisch die ganze Stadt gekauft. Alles hängt von ihnen ab" kommentiert ein anderer Arbeiter. Jozef Krncans jüngster Fall, als er Arbeit in einer Textildruckerei fand und nach wenigen Wochen gekündigt wurde, zeigt den Einfluss von Mondi,

wie er wenig später in den Gängen des Gerichts vom wütenden Vorsitzenden Curilla ausgesprochen wurde: "Ihr werdet in den Kanälen gehen müssen!"

"Wir wissen, dass sie sicherstellen werden, dass keiner von uns in dieser Region einen Job bekommen wird. Aber genauso wie wir angefangen haben, werden wir es zu Ende bringen" sagt Krncan bestimmt. "Wir müssen allen internationalen Unterstützern danken, das stört die Firma stark".

Aber sie verstehen nicht, warum die Gewerkschaften im Westen, speziell in Österreich,

weiterhin die alten Gewerkschaften unterstützen. Man kann es an einer Hand abzählen: Mondi kaufte und investierte in Ruzomberok in neue Technologien, und es ist klar dass sie eines Tages nach Hause kommen und ihren angestammten Beschäftigten sagen werden, dass sie ihr Werk schließen werden. Aber zuerst werden sie nur damit drohen und niedrigere Löhne auch zB in Österreich erzwingen. Wie werden die österreichischen Gewerkschaften das gemeinsam mit den alten, korrupten Gewerkschaftsführungen in der Slowakei bekämpfen können? Wenn die Gewerkschaftsführung das nicht versteht, müssen die ArbeiterInnen einspringen.

"Als ich vor längerer Zeit in Hausmaring war (Mondi/Neusiedler-Stammwerk nahe Amstetten, NÖ), spürte ich dass die dortigen KollegInnen nicht glücklich darüber sind, dass Neusiedler so eine große Mühle in der Slowakei eröffnet hat. Ich konnte in ihren Gesichtern lesen, dass sie um ihren Arbeitsplatz fürchten. Lasst uns das ändern" fasst Krncan zusammen.

Ende April besuchten VertreterInnen von ZOO Papier auf Einladung der SLP Amstetten und Wien, um in öffentlichen Veranstaltungen für Unterstützung ihres Kampfes zu werben.

Übersetzung des Artikels:
Philipp Fleischmann

Krise der Weltwirtschaft: Alternative gesucht

Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sind vor allem Krisenerscheinungen.

Ist Kapitalismus mit "sozialem Gesicht" heute machbar?

von Wolfgang Fischer,
SLP Wien-Mitte

Absturz der New Economy, Bilanzfälschungen, asiatische Grippe, Börsencrash - das Stottern des Weltkonjunkturmotors hat viele Namen. Die Gegenstrategie der Kapitalisten ist beinhalt: Massenentlassungen, Sozialabbau und Lohndumping dienen dazu, die Folgen der Stagnation auf die internationale ArbeiterInnenklasse abzuwälzen und die Profite von Banken und Konzernen zu sichern.

**WIRTSCHAFTLICHES GEGEN-
STEUERN IM KAPITALISMUS
ALS ALTERNATIVE?**

Den neoliberalen Angriffen der Kapitalisten steht in vielen Ländern ein wachsender Widerstand der ArbeiterInnenklasse gegenüber. Proteste, Streiks und Abwehrkämpfe haben zu einer Polarisierung und Politisierung vieler Menschen beigetragen und können tatsächlich Angriffe abschwächen und im einen oder anderen Fall sogar abschmettern. Doch wie kann man aus

der Abwärtsspirale der jetzigen Weltwirtschaft entkommen? Fast ausschließlich werden in den Gewerkschaftsmédien Konzepte, die an die Ideen des bürgerlichen Ökonomen John Maynard Keynes anknüpfen, präsentiert. Kernstück dieser Thesen ist die Idee, durch eine "antizyklische" Wirtschaftspolitik, Krisen im Kapitalismus - zumindest weitgehend - ausschalten zu können. In Abschwungszeiten soll durch staatliche Investitionen die Nachfrage gesteigert und die Wirtschaft angekurbelt werden, um dann in Aufschwungsphasen die dazu nötigen Kredite zurückzuzahlen und Kapitalreserven aufzubauen. Wesentlicher Schwachpunkt dieser Theorie: Die innere Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft hält sich nicht an die Regelmäßigkeit sich letztlich ausgleichender Auf- und Abschwünge. Historisch erlitt der "Keynesianismus" bereits durch die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre sein Waterloo: Seitdem befindet sich der Kapitalismus in einer tiefen Strukturkrise, mit anhalten-



der Massenarbeitslosigkeit und nur schwachen Erholungsphasen.

DIE ANALYSE VON
MARXISTINNEN

Im Unterschied zum Keynesianismus zeigt die marxistische Wirtschaftstheorie, dass nicht der Mangel an Nachfrage die Ursache zyklischer Krisen ist, sondern die Funktionsweise und die Widersprüche des kapitalistischen Systems selbst. Die kapitalistische Konkurrenz und das ihr innewohnende Prinzip des (überlebensnotwendigen) Maximalprofits treiben die Kapitalisten stets zur Überakkumulation, zum Aufbau von

Überkapazitäten im Verhältnis zur kaufkräftigen Nachfrage. Das Absenken der Lohn(neben)kosten erhöht die Ausbeutung der Beschäftigten und steigert den Profit des Unternehmens, führt aber gleichzeitig zu einem Sinken der Massenkaufkraft. Die aktuellen - "keynesianischen" - Konzepte haben vor allem den Fehler, dass sie das Privateigentum an Produktionsmitteln als eigentliche Krisensache nicht angreifen. Wir meinen: Globale Krisen, Hunger, Krieg, Krankheiten oder Umweltzerstörung können beseitigt werden, wenn die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen geplant wird.

WEBTIPPS

Mehr Information unter:

<http://www.sav-online.de/modules.php?name=News&file=article&sid=1059>

<http://www.sav-online.de/modules.php?name=News&file=article&sid=1218>

TERMIN

Freitag, 6. Mai, Wien

DISKUSSION:
"Neokeynesianismus - Lösung oder Irrweg"
SLP Wien-Nordwest
(siehe Seite 6)

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 146

Mai 2005

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

Unser Beitrag zum Gedenkjahr: Gegen Faschismus! Für Sozialismus!

Braune Fäden ziehen sich bis heute durch die Geschichte Österreichs.
Antifaschistischer Widerstand ist auch jetzt noch notwendig!
Gedanken sind im "Gedanken"jahr zu wenig, Taten sind gefragt.

von Harald Mahrer,
SLP Wien-Süd

Vor 60 Jahren wurde Österreich vom Faschismus befreit, die II. Republik entstand. Eine "unglaubliche Geschichte", wie Hugo Portisch befand. Unglaublich, aber wahr: Die zentrale These der neuen österreichischen Elite lautete "Österreich wurde 1938 von außen ausgelöscht und entstand 1945 neu - unter tatkräftiger Mithilfe eines nationalen Befreiungskampfes". Diese These ist dreifach falsch. Der Anschluss 1938 wurde von hunderttausenden Österreichern bejubelt und von tausenden im Inneren vorbereitet. Mehr als 700.000 ÖsterreichInnen waren Mitglied der NSDAP, das entsprach einem höherem Bevölkerungsanteil als im "Altreich". Die "Ostmärker" waren auch überproportional in der Waffen-SS, bei der SS und als KZ-Schergen vertreten. All das soll 1945 wie weggeblasen sein?

VERFOLGUNG UND MORD

Opfer gab es ebenfalls genug auf österreichischem Boden: Zehntausende Jüdinnen und Juden, andere "rassistisch Minderwertige", Homosexuelle, sogenannte Asoziale und politisch Andersdenkende. Bei einem Fluchtversuch aus dem Todeslager Mauthausen wurden beispielsweise noch im Februar 1945 über 97 % der 500 Geflohenen von der örtlichen Bevölkerung und der SS zu Tode gejagt und ermordet. Es gab zwar Widerstand - aber von einem geeinten mächtigen und vor allem nationalen Befreiungskampf zu sprechen ist falsch. Partisa-

nenaktivitäten existierten im slowenischen Südkärnten, in der Steiermark und im Salzkammergut. 2.700 WiderstandskämpferInnen wurden hingerichtet, etwa 16.000 kamen in den KZs um. Aktiv war lange Zeit vor allem die illegale ArbeiterInnenbewegung. Gemessen an ihrer Größe mussten die KommunistInnen bei Weitem die meisten Opfer beklagen, während der bürgerliche, bzw. militärische Widerstand erst in der letzten Phase des Krieges in Erscheinung trat. Im kalten Krieg der "freien Welt" gegen die "rote Gefahr" wurde dieser kommunistische und sozialistische Widerstand noch schneller verdrängt und "vergessen" als die TäterInnen. Doch auch bei diesen ging's rasch: Von 13.000 verurteilten Kriegsverbrechern saßen im Jahr 1955 gerade noch 14 in Haft. Ehemalige Nazigrößen kamen in allen Parteien, in der Wirtschaft und auf den Universitäten unter.

BRAUNE FÄDEN BIS HEUTE - WARUM?

Nicht nur in der FPÖ "lebte" der Faschismus weiter, auch in Massenorganisationen wie dem Österreichischen Turnerbund, dem Kärntner Heimatdienst und den Landsmannschaften können die Spuren zurück verfolgt werden. In den Buden der Burghenschaften wurden und werden weiter stramm rechte junge Garden erzogen. Seit den 1960ern tummeln sich auch rechte Kleingruppen im braunen Rand der Republik, lange Zeit vom offiziellen Österreich stillschweigend geduldet. Heute verteilt der Bund freier Jugend bzw. die



Aktion sichere Zukunft in Oberösterreich Flugblätter mit einschlägigem Inhalt und bedroht MigrantInnen, GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen. Eine Frage drängt sich auf: Wäre es nach so einer Jahrhundertkatastrophe nicht logisch gewesen - nach einer umfassenden Abrechnung mit den TäterInnen - einen echten Schlussstrich, einen echten und ehrlichen Neuanfang zu beginnen? Zwei Faktoren trugen entscheidend bei, dass es dazu nicht kam. Erstens war der Faschismus Produkt desselben Gesellschaftssystems, das nach dem Krieg von allen Parlamentsparteien und den Besatzungsmächten (inkl. KPÖ und UdSSR!) "wieder" aufgebaut wurde: Kapitalismus.

Zweitens bedeutete der Faschismus eine vernichtende Niederlage für die - sozialistische - ArbeiterInnenbewegung selbst.

AM 8. MAI: GEGENWEHR GEFRAGT

Am 8. Mai - dem Jahrestag der Befreiung - versuchen Burschenschaften und FPÖler am Heldenplatz eine Trauerrundgebung anlässlich der "Niederlage" zu veranstalten. Diesem Versuch, die Ge-

schichte umzudeuten, müssen wir uns widersetzen. Um 18 Uhr versammelt sich eine Demonstration um den rechts-extremen Aufmarsch zu verhindern. Ebenso fahren SLP und SWI am selben Tag zur Befreiungsfeier nach Mauthausen. Anmeldungen unter 01-524 63 10.

TERMINI

Sonntag, 8. Mai in Wien

DEMONSTRATION gegen das rechtsextreme Heldengedenken, 18 Uhr, Oper, Wien

im Mai, Wien

Mittwoch, 4. Mai
DISKUSSION:
"Kriegsende und Kapitulation: Warum Nazis trauern"
SLP Wien-Nordost
(siehe Seite 6)

Freitag, 6. Mai

DISKUSSION:
"Von der Entnazifizierung zum rabiatischen Antikommunismus"
SLP Wien-Süd (siehe Seite 6)

Freitag, 20. Mai

DISKUSSION:
"Trotzkistischer Widerstand gegen das Naziregime"
SLP Wien-Nordwest (s. S. 6)

Dienstag, 24. Mai

DISKUSSION: "Braune Flecken der Nachkriegsgeschichte"
SLP Wien-Mitte (siehe Seite 6)

► Mehr
Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at